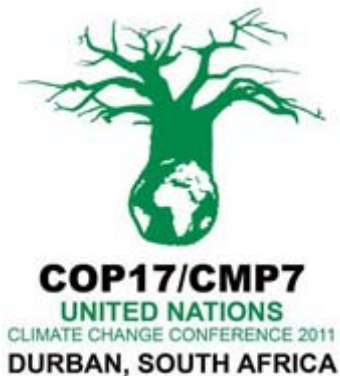


Die Durban Platform – Ein Meilenstein oder doch nur alles aufgeschoben?



Im sommerlichen Südafrika fand im Dezember die UN-Klimakonferenz 2011 statt. Die Erwartungen an die Beschlüsse in Durban waren im Vorfeld der Konferenz niedrig. Aus Sicht vieler Experten/innen waren die Verhandlungspositionen zwischen der EU und den großen „Entwicklungsländern“ China und Indien und insbesondere der USA unüberwindbar. In diesem Lichte sind die Ergebnisse der Klimakonferenz überraschend positiv zu bewerten.

Ein Beitrag von Wolfgang Diernhofer (KPC)

Die diesjährige Klimakonferenz der Vereinten Nationen fand von 28. November bis 9. Dezember 2011 in Durban, Südafrika, statt. Den Vorsitz führte die südafrikanische Außenministerin **Maite Nkoana-Mashabane** als Präsidentin der Konferenz. An der Konferenz nahmen rund 25.000 Personen teil, davon Vertreter/innen und Delegierte aus 192 Staaten, Beobachter/innen (UN-, internationale sowie Nichtregierungsorganisationen) und ca. 1.300 Medienvertreter/innen. Die **KPC** hat als Mitglied der österreichischen Verhandlungsdelegation unter Führung des **Lebensministeriums** in Durban teilgenommen.

Im Zentrum des Interesses bei der Konferenz in Durban, die letztlich erst am Sonntag in den frühen Morgenstunden zu Ende ging (und damit die längste Klimakonferenz bislang war), stand nach den wenig erfolgreichen Vorverhandlungen und vagen Resultaten aus der letzten Konferenz in Cancun naturgemäß die Frage, ob die Weiterentwicklung des Klimaregimes nach 2012 und der Weiterbestand des Klimaprozesses der Vereinten Nationen insgesamt vereinbart werden kann, oder ob die internationale Klimapolitik in Durban ihr Ende findet.

Der Klimaprozess ist in Durban nicht sanft entschlafen, vielmehr ist insgesamt die UN-Klimakonferenz („COP 17“: 17. Vertragsparteienkonferenz des Klimarahmenübereinkommens; „CMP 7“: 7. Vertragsparteienkonferenz des Kyoto-Protokolls) in Durban im Wesentlichen erfolgreich verlaufen. Als Ergebnis der UN-Klimakonferenz, wurde das sogenannte „**Durban Package**“ verabschiedet, was eine Verlängerung des bestehenden Kyoto-Protokolls nach 2012, die Verpflichtung zur Erarbeitung eines globalen Klimaabkommens unter Einbindung aller wesentlicher Emittenten von Treibhausgasen bis 2015 und die Einigung auf die Umsetzung des Green Climate Fund beinhaltet.

Die Ergebnisse im Detail

Im sogenannten „Durban Package“ wurde vereinbart, dass alle Länder, die maßgeblich am Ausstoß von Treibhausgasen beteiligt sind – so auch die USA, China und Indien – sich zu verbindlichen Reduktionsmaßnahmen verpflichten.

Dabei war das Ergebnis der Konferenz bis zuletzt unsicher, auch ein komplettes Scheitern der Verhandlungen stand bis zum Schluss im Raum. Nach hektischen Verhandlungen, die von Freitagnachmittag durchgehend andauerten, kam man am Sonntag um



etwa 5 Uhr morgens zu einem Ergebnis der UN-Klimakonferenz in Durban. Insbesondere Indien wollte das Ergebnis noch blockieren, konnte aber durch intensiven Druck seitens der anderen Staaten zum Einlenken bewogen werden. Auch China konnte schlussendlich einem globalen Klimaabkommen zustimmen, nachdem die Sitzung kurz unterbrochen wurde und ein klärendes Gespräch zwischen der EU und CHN im Verhandlungssaal stattfand. Überhaupt ist der Erfolg der Verhandlungen in Durban der umsichtigen, südafrikanischen Präsidentschaft und der Beharrlichkeit der EU zuzuschreiben. Die EU hatte schon im Vorfeld angekündigt, Kyoto nur dann verlängern zu wollen, wenn Durban in einem klaren Fahrplan resultiert, der den Weg zu einem neuen Vertrag ebnet, wo sich erstmals alle Nationen (also auch die großen Schwellenländer China, Indien und Brasilien) rechtskräftig zu Reduktionsverminderungen verpflichten. **Konkret haben die Verhandlungen in Durban folgende Ergebnisse gebracht:**

Globales Klimaabkommen: Ein globales, umfassendes und verbindliches Klimaschutzabkommen soll **bis 2015 ausgearbeitet** werden und spätestens ab 2020 in Kraft treten. Damit hat sich die EU mit ihrer Forderung nach einem rechtlich verbindlichen Abkommen durchgesetzt. Wie freilich die Beschlüsse umgesetzt werden und insbesondere die einzelnen Reduktionsverpflichtungen konkret ausverhandelt werden, wird sich erst bei den nächsten Klimakonferenzen weisen. Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass die Reduktionsabsichten, die bei der Klimakonferenz 2010 in Cancun gemacht wurden, die Grundlage für dieses Klimaabkommen darstellen. Da damit aber das 2-°C-Ziel (also die Begrenzung der globalen Temperaturerhöhung um maximal 2° Celsius) nicht erreicht werden kann, wird eine intensive Diskussion um höhere Ziele ab 2012 erwartet. Die EU selbst wird mit dem neuen Klimaschutzabkommen wohl ihr eigenes 20-%-Ziel bis 2020 möglicherweise überdenken müssen – jedenfalls wird die EK und einige MS darauf drängen, ambitioniertere Ziele zu verfolgen. Zur Einigung auf das neue Klimaabkommen wird ein neuer Verhandlungsstrang (Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action, AWG DP) eingerichtet, der auch die Frage der rechtlichen Form eines zukünftigen Abkommens klären muss und seine Arbeiten 2012 beginnen soll.

Zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls: Mit der Einigung einen neuen, rechtlich verbindlichen Klimarahmenvertrag bis 2015 aufzusetzen, der spätestens 2020 in Kraft treten wird, hat die EU auch einer zweiten Verpflichtungsperiode unter dem derzeit laufenden Kyoto-Protokoll, die von 1.1.2013 bis zumindest 31.12.2017 dauern soll, zugestimmt. In dieser zweiten Verpflichtungsperiode werden sich jedenfalls die EU, NOR und die CH sowie sehr wahrscheinlich auch Australien und Neuseeland zu **CO₂ Reduktionszielen** verpflichten. Allerdings haben weitere Industriestaaten wie Russland, Japan, Kanada und die USA bereits angekündigt, keine Verpflichtungen unter der zweiten Verpflichtungsperiode eingehen zu wollen.

Green Climate Fund (GCF zur Finanzierung des Klimaschutzes in Entwicklungsländern): Die technische Operationalisierung des GCF konnte bei dieser Klimakonferenz beschlossen werden, dies war auch wichtigstes Anliegen der südafrikanischen Präsidentschaft. Der GCF soll im Wortlaut „**by 2020**“ **100 Mrd. US-Dollar** ausschütten. Allerdings gibt es hier einen Interpretationsspielraum: Die USA gehen davon aus, dass dieser „ab 2020“ Gelder ausschütten soll; die EU haben bisher von einer Mittelaufbringung „bis 2020“ gesprochen und Entwicklungsländer fordern eine ehestmögliche Finanzierung. Weiters ist noch unklar, aus welchen Quellen die Gelder kommen sollen. Entwicklungsländer fordern öffentliche Gelder der Industrieländer. Die Industrieländer hingegen wollen möglichst auch private Mittel einbeziehen, insbes. die EU setzt sich für die Einbeziehung „alternativer Quellen“ ein. Mit letzterem wäre etwa eine globale Finanztransaktionssteuer oder eine Steuer auf Treibstoffe für sogenannte „bunker fuels“ also Treibstoffe für Schiffe und Flugzeuge gemeint.

Was bedeutet das Ergebnis für Österreich?

Aus Sicht des österreichischen JI/CDM-Programms (KPC) ist zu den erzielten Beschlüssen ein vorsichtig optimistisches Resümee zu ziehen.

Positiv ist jedenfalls, dass endlich eine Vereinbarung über einen neuen, rechtlich verbindlichen Klimarahmenvertrag erzielt werden konnte, der alle wesentlichen Verursacher der globalen Klimaerwärmung, also auch China, Indien und die USA, einschließt. Damit ist zweifellos ein Abschluss erzielt worden, mit dem im Vorfeld nicht gerechnet wurde. Außerdem wurde eine zweite Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll beschlossen, die unmittelbar an die Ende 2012 auslaufende erste Kyoto-Verpflichtungsperiode anschließt. Damit wurde die Kontinuität des internationalen Klimaregimes mit der Fortschreibung der zweiten Kyoto-Verpflichtungsperiode gesichert. Insgesamt liegt mit der Durban Plattform ein klarer Fahrplan vor, wohin und wie sich die internationale Klimapolitik in den nächsten Jahren entwickelt.

Und diese Verhandlungsergebnisse wurden unter sehr ungünstigen Vorzeichen erzielt. Im Vorfeld der Klimaverhandlungen in Durban gab es viele negative Signale, die davon ausgegangen sind, dass die Verhandlungspositionen insbesondere der EU und Indien und China unüberbrückbar sind. Auch war bereits vor der COP 17 klar, dass Kanada aus dem Kyoto-Abkommen aussteigen und damit die internationale Klimapolitik weiter schwächen wird. Zuletzt ist auch der internationale Carbon-Markt von der Wirtschaftskrise massiv getroffen worden. Vor allem das Europäische Emissionshandelssystem hat durch die Eurokrise und die negativen Wachstumsprognosen für die Europäische Industrieproduktion stark an Wert verloren. Im Lichte dieser Ausgangsposition haben die Ergebnisse von Durban gezeigt, dass ein starker politischer Wille, insbesondere von der EU, besteht internationalen Klimaschutz weiterhin als eine Kernaufgabe anzusehen.

Damit wird die EU weiterhin die Akzente mit ihrer Verpflichtung zur Emissionsreduktion bis 2020 und ihrer Roadmap zur nachhaltigen Drosselung des Treibhausgasausstoßes bis 2050 setzen. Trotz der Wirtschaftskrise besteht Einigkeit darüber, dass marktbasierende Mechanismen effizient und notwendig sind, um die Finanzierung von Klimaschutzprojekten zu ermöglichen. Dabei spielt das Europäische Emissionshandelssystem, wo alle emissionsintensiven Unternehmen umfasst sind, sowie der projektbasierte Klimaschutzmechanismus in Entwicklungsländern (CDM = Clean Development Mechanism) als wirksamer Bestandteil des internationalen Carbon-Markts (und der auch nach 2012 fortgeführt wird) eine wesentliche Rolle zur Zielerreichung.

In diesem Umfeld hat sich die KPC in den letzten Jahren kontinuierlich Expertise und Erfahrung erarbeitet und sich etabliert. Das österreichische JI/CDM Programm zählt heute zu den renommierten Marktteilnehmern und wird als verlässlicher Käufer von Emissionsreduktionseinheiten wahrgenommen. Die vorliegenden Beschlüsse aus Durban bestätigen dabei die Entwicklung, die die KPC mit dem österreichischen JI/CDM-Programm bereits eingeschlagen hat, nämlich das Programm als Maßnahme zur österreichischen Zielerreichung der EU-Vorgaben zu etablieren und sich auch den Unternehmen, die im Europäischen Emissionshandelssystem Klimaschutzmaßnahmen umsetzen müssen, zu öffnen.